

Fragen

für die Fragestunde der 28. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 25. April 2018

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 53	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 55	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40
Brandner, Stephan (AfD)	9, 51	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 56
Brandt, Michel (DIE LINKE.)	8	Lucassen, Rüdiger (AfD)	1, 2
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	5, 7	Nastic, Zaklin (DIE LINKE.)	13, 21
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28	Renner, Martina (DIE LINKE.)	58, 59
Frohnmaier, Markus (AfD)	3, 4	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 54
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42	Saathoff, Johann (SPD)	23
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	6	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	31, 62	Schreiber, Eva-Maria Elisabeth (DIE LINKE.)	12, 50
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	22, 57	Skudelny, Judith (FDP)	47
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	10, 63	Storch, Beatrix von (AfD)	60, 61
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 49	Stumpp, Margit (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11
Keuter, Stefan (AfD)	52	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	32, 33
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	19, 20
Konrad, Carina (FDP)	29, 30		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	15
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	18

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter
Rüdiger Lucassen
(AfD) Wie ist die Position der Bundesregierung hinsichtlich Verhandlungen mit den radikalislamischen Taliban und deren Einbindung in eine afghanische Zentralregierung, und wen hat die Bundesregierung als möglichen Verhandlungspartner aus der Organisationsstruktur der Taliban identifiziert?

2. Abgeordneter
Rüdiger Lucassen
(AfD) Was ist die wesentliche Lageänderung im Jahr 2018, die Verhandlungen mit den radikalislamischen Taliban für die Bundesregierung sinnvoll erscheinen lässt?

3. Abgeordneter
Markus Frohniaier
(AfD) Gäbe es Umstände, unter denen die Bundesregierung – gesetzt den Fall, dass die Vereinigten Staaten oder andere NATO-Verbündete während eines Eingreifens in Syrien in Auseinandersetzungen mit russischen oder syrischen Streitkräften geraten würden – die Erfüllung des Bündnisfalls nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages als gegeben ansehen würde, insbesondere in Hinblick auf die Konkretisierungen in Artikel 6 des Nordatlantikvertrages (vgl. www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm?selectedLocale=de, www.welt.de/politik/ausland/article175356369/Donald-Trump-kuendigt-Raketenangriff-auf-Syrien-anwarnt-Russland-auf-Twitter.html)?

4. Abgeordneter
Markus Frohniaier
(AfD) Verfügt die Bundesregierung momentan über irgendwelche gesicherten eigenen oder fremden Erkenntnisse, die den Einsatz chemischer Waffen im syrischen Douma belegen oder ausschließen sowie die Urheberschaft eines eventuellen Einsatzes belegen oder ausschließen, und wenn ja, welche (vgl. <http://faktenfinder.tagesschau.de/ausland/angriff-duma-101.html>)?

5. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.) Welche eigenen (auch nachrichtendienstlichen) Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass die beim jüngsten Militäreinsatz der USA, Großbritanniens und Frankreichs – der offiziell als Vergeltung für den vermeintlichen Einsatz von Chemiewaffen durch die syrische Regierung durchgeführt wurde und den die Bundesregierung

für „erforderlich und angemessen“ gehalten hat, „um die Wirksamkeit der internationalen Ächtung des Chemiewaffeneinsatzes zu wahren und das syrische Regime vor weiteren Verstößen zu warnen“ (www.welt.de/politik/deutschland/article175444026/Merkel-zu-Syrien-Der-Militaereinsatz-war-erforderlich-und-angemessen.html) – angegriffenen syrischen Einrichtungen Standorte für Chemiewaffen waren (bitte detailliert die angegriffenen bzw. zerstörten Einrichtungen getrennt nach Produktions- und Lagerungsstätten auflisten), und welche eigenen (auch nachrichtendienstlichen) Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, welche chemischen Kampfstoffe dort produziert bzw. gelagert wurden?

6. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Inwiefern teilt die Bundesregierung die Auffassung eines Gutachtens der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages (19. April 2018, WD 2 – 3000 – 048/18), dass der US-Militärschlag gegen Syrien als völkerrechtswidrig gewertet wird?
7. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Wird die Bundesregierung Genehmigungen erteilen, hier in Deutschland für die für den 24. Juni 2018 angekündigten vorgezogenen Wahlen in der Türkei Wahlurnen aufzustellen, und inwiefern wird die Bundesregierung gestatten, dass in Deutschland Wahlkampf stattfindet?
8. Abgeordneter
Michel Brandt
(DIE LINKE.)

Wie positioniert sich die Bundesregierung in Bezug auf die Schlussfolgerung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages (WD 2 – 3000 – 013/18), dass die Benennung eines Schiffes der libyschen Küstenwache als on-scene commander durch nationale Leitstellen zur Koordination der Seenotrettung (Maritime Rescue Coordination Centres, MRCC) außerhalb der libyschen Hoheitsgewässer gegen das Refoulement-Verbot verstößt, besonders in Anbetracht dessen, dass das italienische MRCC seit Dezember regelmäßig die libysche Küstenwache beordert, um on-scene command zu übernehmen (www.maritime-executive.com/article/libyan-coast-guard-threatens-to-kill-migrant-rescue-team#gs.WUKHYiY sowie Ausführungen von Jugend Rettet), und unter welchen Umständen sieht sich die Bundesregierung direkt in der Verantwortung für Seenotrettungseinsätze,

- da in den meisten Fällen auf die EU- bzw. italienische Zuständigkeit verwiesen wird (<https://sea-watch.org/sea-watch-mission-startet-trotz-behinderung-der-seenotrettung/> sowie Ausführungen von Jugend Rettet)?
9. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wie viele Touristenvisa sind jährlich seit 2007 ausgestellt worden, und wie viele Inhaber solch eines Touristenvisums haben pro Jahr einen Asylantrag gestellt?
10. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche quantitativen Angaben lassen sich machen zur Zahl der aktuell anhängigen Terminanträge auf Visumerteilung zum Familiennachzug zu syrischen bzw. irakischen Flüchtlingen (bitte auch nach Botschaften, Staatsangehörigkeiten und Nachzug zu Flüchtlingen differenzieren), und wie lange war zuletzt die diesbezügliche Warte- bzw. Bearbeitungsdauer (bitte wie oben differenzieren)?
11. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie und wann will sich die Bundesregierung konkret für die Einsetzung eines hauptamtlichen Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten bemühen, wie es der Deutsche Bundestag in der letzten Legislaturperiode in einer Forderung mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen hat (www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2017/kw25-de-journalisten/509820)?
12. Abgeordnete
Eva-Maria Elisabeth Schreiber
(DIE LINKE.)
- Welche Möglichkeiten nutzt die Bundesregierung, um die Regierung Togos dazu zu bewegen, die gewalttätige Niederschlagung von Protesten zu beenden (www.dw.com/de/proteste-trotz-verbots-in-togo/a-43403106) und das generelle Demonstrationsverbot aufzuheben?

13. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)
- Welche Rolle spielten nach Kenntnis der Bundesregierung bislang brasilianische Polizeikräfte bei politisch motivierten Morden, und inwieweit ist die Regierung von Michel Temer nach Kenntnis der Bundesregierung hierin verwickelt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

14. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Steht die Bundesregierung zu dem Verhandlungsergebnis des EU-Parlaments in Bezug auf die ePrivacy-Verordnung und dem damit angestrebten hohen Datenschutzniveau, und wie setzt sich die Bundesregierung für die Verabschiedung des verhandelten Verordnungsentwurfs ein?
15. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung Maßnahmen zu ergreifen, die dazu führen, dass die von ihr angekündigten Sonderausschreibungen für Windkraft (vgl. www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2018/03/2018-03-23-bt-rede-bmab-schulze.html) zu einer kleinteiligeren Verteilung der Anlagen in der Bundesrepublik Deutschland als bei den bisherigen Ausschreibungen führen, was gleichsam einem Vorschlag der bayerischen Landesregierung entspricht (vgl. Allgäuer Zeitung vom 19. April 2018, S. 6), und unterstützt sie die Idee einer regionalen Quote?
16. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schiedsgerichtsverfahren sind abgesehen vom Vattenfall-Verfahren derzeit gegen die Bundesrepublik Deutschland anhängig (bitte jeweils den Klagegrund und das klagende Unternehmen nennen, www.iareporter.com/articles/germany-faces-at-least-two-investment-treaty-disputes-apart-from-vattenfall-matter/)?
17. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Höhe belaufen sich die aktuellen Prozesskosten im Fall Vattenfall gegen Deutschland, der aktuell vor dem ICSID in Washington läuft (ARB/12/12), und ist das ICSID rechtlich verpflichtet, in seinem finalen Urteil Schadensersatzzahlungen bzw. andere Abhilfemaßnahmen zu

berücksichtigen, die die Bundesrepublik Deutschland auf Grundlage des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Dezember 2016 gegenüber Vattenfall bis zum 30. Juni 2018 leisten muss?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

18. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird der Gesetzentwurf zur Änderung der sogenannten Mietpreisbremse vorgelegt, den die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Katarina Barley noch vor der Sommerpause zur Einbringung in den Deutschen Bundestag angekündigt hat ([www.tagesspiegel.de/politik/steigede-mieten-justizministerin-barley-will-mietpreisbremse-staerken/21183986.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/steigende-mieten-justizministerin-barley-will-mietpreisbremse-staerken/21183986.html))?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

19. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Beschäftigte erhielten nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren 2015, 2016 und 2017 ein monatliches Bruttoentgelt von unter 2 000 Euro, und wie hoch war deren prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten (bitte aufführen nach deutschlandweit, Westdeutschland, Ostdeutschland)?
20. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung der prozentuale Anteil der Beschäftigten mit einem monatlichen Bruttoentgelt von unter 2 000 Euro an allen Beschäftigten nach Bundesländern?

21. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)
- Gedenkt die Bundesregierung, die Hartz-IV-Sanktionen auch vor dem Hintergrund, dass es im vergangenen Jahr 952 840 Sanktionen gegen erwerbsfähige Hartz-IV-Leistungsberechtigte gegeben hat, drei von vier Sanktionen dabei lediglich auf sogenannte Meldeversäumnisse entfielen (www.arbeitsagentur.de/presse/2018-11-drei-von-vier-sanktionen-entfallen-auf-terminversaumnisse) und fast ein Drittel aller Hartz-IV-Sanktionen Familien und Kinder treffen (www.presseportal.de/pm/54407/3913500), abzuschaffen, und falls nein, wie sieht die Bundesregierung in den gerade genannten Fällen die sozialen Menschenrechte der Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger gewährleistet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

22. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen (z. B. politische, organisatorische, haushaltspolitische; bitte begründen) hat das Bundesverteidigungsministerium die Gespräche zu einer weiteren Verschiebung der Angebotsbindefrist für die Beschaffung von bewaffnungsfähigen Drohnen des Typs „G-Heron TP“ von dem Rüstungskonzern Airbus und der israelischen Regierung, soweit mir bekannt, wieder aufgenommen, wozu es mir gegenüber am 6. März 2018 noch hieß, diese fänden nicht statt („Es werden derzeit keine Gespräche zu einer weiteren Verlängerung der Angebotsbindefrist geführt“) und mir auch am 12. April 2018 seitens des Bundesverteidigungsministeriums bestätigt wurde, dass die parlamentarische Befassung und die anschließende Vertragsunterzeichnung „noch vor Ablauf der aktuell geltenden Bindefrist zeitnah angestrebt“ werde (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/1082, zu Frage 6; Antwort auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/1763 vom 12. April 2018), und welche Änderungen (z. B. bezüglich der Angebotsbindefrist und der Mehrkosten) ergeben sich hinsichtlich der Verträge mit Airbus und der israelischen Regierung?

23. Abgeordneter
Johann Saathoff
(SPD)
- Inwieweit ist erkennbar, dass die Beschlüsse des Deutschen Bundestages und der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD hinsichtlich der Festlegung des Überwasserschiffbaus als Schlüsseltechnologie handlungsleitend für das Bundesministerium der Verteidigung sind, wenn dem Vergabeverfahren zum MKS 180 das Gegenteil dieser Beschlüsse zu Grunde liegt (vgl. meine Frage in der Regierungsbefragung am 18. April 2018, Plenarprotokoll 19/25, S. 2243)?
24. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen ergriff die Bundeswehr gegen den, aktuell immer noch bei der Bundeswehr tätigen, wegen Terrorverdachts Beschuldigten, Oberleutnant Maximilian T. (Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Jan Nolte), und sind im Umfeld des Verdächtigen weitere Personen bekannt, mit dem sich der MAD wegen rechtsextremer Bestrebungen befasst (www.zeit.de/politik/deutschland/2018-04/franco-afd-bundestag-jan-nolte; www.focus.de/politik/deutschland/jan-nolte-afd-bundestagsabgeordneter-beschaefigt-mutmasslichen-terrorhelfer-von-franco-a_id_8791920.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

25. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur ungenügenden Betäubung und Entblutung bei der industriellen Bandschlachtung vor (bitte nach Tierarten aufschlüsseln), und welche zusätzlichen Anforderungen müssten aus Sicht der Bundesregierung innerhalb des geplanten Tierschutzlabels im Bereich Schlachthof erfüllt sein?
26. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, dass das bei der Betäubung von Schweinen mittels CO₂ beobachtete Verhalten der Tiere (www.toenniesforschung.de/download/projekte/betaeubung-mit-stickstoffschaum/projektskizze_betaeubung-mit-stickstoffschaum.pdf) auf Schmerzen und Ängste zurückzuführen ist, und sieht die Bundesregierung im Hinblick auf Alternativmethoden mittels Argon oder Helium einen Widerspruch zur Einhaltung der EU-Verordnung (EG)

1009/2009 über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung, die fordert, „Tiere von jedem vermeidbarem Schmerz, Stress und Leiden“ zu verschonen?

27. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung die beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit bis zum 16. März 2018 eingegangenen Anträge auf Zulassungserneuerungen für glyphosathaltige Produkte positiv bescheiden, oder wird sie von der Möglichkeit nationaler Verbote von glyphosatbasierten Produkten Gebrauch machen, die die EU-Kommission ausdrücklich einräumt (vgl. https://ec.europa.eu/germany/news/20171127GlyphosatFragenAntworten_de)?
28. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Vorgaben plant die Bundesregierung beim Einsatz von Glyphosat in der Landwirtschaft, und wie hoch fällt die dadurch erzielbare Reduktion im Verhältnis zur in der Landwirtschaft eingesetzten Gesamtmenge aus?
29. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Gibt es Pläne seitens der Bundesregierung, Glyphosat zukünftig auch für das Schienennetz der Deutschen Bahn AG zu verbieten?
30. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung nach dem BGH-Urteil vom 10. April 2018 (vgl. www.tagesschau.de/inland/bgh-filmaufnahmen-huehnerstaelle-101.html), Veröffentlichungen heimlich angefertigter Aufnahmen aus Hühnerställen zu legalisieren?
31. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Wie steht die Bundesregierung zu den Forderungen des Deutschen Tierschutzbundes (www.sueddeutsche.de/panorama/hundefuehrerscheintierschutzbund-deutschland-1.3947887) sowie der Tierschutzvereinigung PETA (www.peta.de/Hundefuehrerschein), bundesweit einen verpflichtenden Hundeführerschein für alle Hundehalter einzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

32. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung und welche Mittel stellt sie zur Verfügung, um Kommunen bei der Bewältigung des demographischen Wandels und zur Schaffung einer seniorenrechtlichen Infrastruktur sowie eines seniorenrechtlichen Wohnumfelds zu unterstützen, wie es im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD festgeschrieben wurde?
33. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung und welche Mittel stellt sie zur Verfügung, um Mehrgenerationenhäuser abzusichern und weiter auszubauen, wie es im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD festgeschrieben wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

34. Abgeordnete
**Maria
Klein-Schmeink**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung gesetzliche Regelungen, um die Krankenkassen dazu zu bringen, ihre Rücklagen zur Senkung der Zusatzbeiträge einzusetzen (vgl. „Spahn fordert Kassen zur Senkung der Beiträge auf“, Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 16. April 2018), und wenn ja, in welchem Rahmen soll das umgesetzt werden?
35. Abgeordnete
**Maria
Klein-Schmeink**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie passen nach Ansicht der Bundesregierung die Pläne zu einer Beitragssatzsenkung der gesetzlichen Krankenkassen (vgl. „Spahn fordert Kassen zur Senkung der Beiträge auf“, Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 16. April 2018) zu den im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD festgelegten Vorhaben für die Pflege,

wie die sofortige Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Bezahlung in der Pflege, das Sofortprogramm für 8 000 GKV-finanzierte Fachkraftstellen in Pflegeeinrichtungen und die vollständige Refinanzierung von Tarifsteigerungen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

36. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch sind die Maut-Einnahmen von Elektro-Lkw jeweils in den vergangenen fünf Jahren gewesen (bitte aufschlüsseln nach Jahren und Gesamtzahl), und wie viele Elektro-Lkw sind nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland zugelassen?
37. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Woraus resultiert die erneute Verzögerung der ursprünglich für 2016 geplanten Pkw-Maut auf nun frühestens 2021 (dpa-Meldung „Pkw-Maut soll spätestens 2021 kommen“ vom 18. April 2018), und welche Kosten sind bisher entstanden (bitte einzeln nach Kostenstelle im Bundeshaushalt, bereits vorhandenen bzw. vorgesehenen Personalstellen, Ausgaben für Studien und Gutachten etc. aufschlüsseln)?
38. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum sind die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD erwähnten Kommissionen „Zukunft der bezahlbaren und nachhaltigen Mobilität“ sowie „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ im sogenannten Meseberg-Papier „Einzusetzende Kommission gemäß Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD“ nicht erwähnt (bitte unter Angabe der Gründe bzw. nun geplanten Einsetzung), und wann soll die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (Kohlekommission) genau eingesetzt werden?

39. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarte Kommission zur Erarbeitung einer Strategie „Zukunft der bezahlbaren und nachhaltigen Mobilität“ (vgl. www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile&v=2, S. 75) mit der Arbeit beginnen (bitte unter Nennung eines genauen Datums oder alternativ eines Monats oder Quartals), und welches Bundesministerium wird bzw. welche Bundesministerien werden die Federführung für die Arbeit der Kommission erhalten?
40. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Akteuren „aus Politik, Wirtschaft, Umweltverbänden, Gewerkschaften sowie betroffenen Ländern und Regionen“ (vgl. www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile&v=2, S. 75) wird die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarte Kommission zur Erarbeitung einer Strategie „Zukunft der bezahlbaren und nachhaltigen Mobilität“ (ebd.) besetzt, und welche konkreten Ziele verfolgt die Bundesregierung mit der Kommission bzw. mit der Erarbeitung der Strategie?
41. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um, wie im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages angekündigt, die Lizenzvergabe in der Weise mit Ausbauforderungen zu kombinieren, um bestehende Funklöcher zu schließen und 5G dynamisch aufzubauen, damit eine Versorgung mit der neuesten Mobilfunktechnologie (5G) an allen Bahnstrecken sichergestellt ist (Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode, S. 38, 39)?
42. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass die bundeseigene Deutsche Bahn AG beim Projekt „Stuttgart 21“ einen Verlust von 2,228 Mrd. Euro sowie deutlich mehr investive Eigenmittel in Höhe von 4,034 Mrd. Euro einplant (STUTTGARTER ZEITUNG vom 20. April 2018), und welche Maßnahmen ergreift die

Bundesregierung, um einen weiteren Anstieg der Schulden des bundeseigenen Unternehmens Deutsche Bahn AG zu vermeiden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

43. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Vorschläge haben die fünf von der Bundesregierung ausgewählten Modellstädte zur Verbesserung der Luftqualität an das Bundesumweltministerium übermittelt (www.zeit.de/mobilitaet/2018-02/luftverschmutzung-kostenloser-nahverkehr-bundesumweltministerium-kommunen), und wie ist der aktuelle Stand der Beratung bzw. Beschlussfassung zu diesen Vorschlägen?
44. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch war in Deutschland in den letzten zehn Jahren die Recyclingquote, und wie hoch wäre sie nach der künftig in der EU gültigen Berechnungsmethode nach Kenntnis der Bundesregierung rechnerisch gewesen (www.wiwo.de/technologie/green/neue-eu-regeln-gebilligt-mehr-muell-ins-recycling-statt-auf-die-kippe/21189266.html)?
45. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, inwiefern die belgische Atomaufsicht meldepflichtige Ereignisse in belgischen Atomkraftwerken in vergleichbarer Weise elektronisch erfasst, wie dies die Störfallmeldestelle des Bundes mit dem Datenbanksystem BEVOR tut (ggf. bitte mit möglichst konkreter Darlegung der betreffenden elektronischen Erfassung und des Zeitraums, den sie umfasst), und inwiefern teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass ein Datenbanksystem wie BEVOR für eine sicherheitsorientierte Atomaufsicht ein essentielles Instrument ist – zum Beispiel, um bestimmte Zwischenfallmuster oder Anlagen-Auffälligkeiten nachprüfen bzw. erkennen zu können oder im Bedarfsfall bestimmte Daten schnell abchecken bzw. filtern zu können (bitte mit Begründung und Anwendungsbeispielen)?

46. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Transport mittelradioaktiver Festabfallgebinde aus der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague nach Deutschland darüber, warum nach aktuellem Stand die Bereitstellung und Beladung des ersten Behälters erst im Jahr 2026 bzw. 2027 erfolgen wird – mit hin zwei bzw. drei Jahre später als der 2008 noch vorgesehene Abschluss des Transports (bitte möglichst ausführlich und konkret darlegen; vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 60 in der Fragestunde vom 18. April 2018, Plenarprotokoll 19/25, Anlage 2), und welche Kenntnisse hat sie in diesem Kontext über etwaige noch zu lösende technische Probleme (bitte ebenfalls möglichst ausführlich und konkret darlegen)?
47. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Umweltbundesamts, dass Holzkohle beim Grillen grundsätzlich nicht mehr verwendet werden sollte (www.umweltbundesamt.de/umwelttipps-fuer-den-alltag/essen-trinken/grillen#textpart-1), und falls ja, warum hält sie dies für angemessen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

48. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bringt die Bundesregierung die Auswirkungen der europäischen Agrarpolitik auf Entwicklungsländer in die Erarbeitung der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik ein, insbesondere eine Ausrichtung an den Sustainable Development Goals und am Recht auf Nahrung, und welche Studien hat die Bundesregierung zu den Auswirkungen der europäischen Agrarpolitik auf Entwicklungsländer erarbeiten lassen?
49. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Forschungsergebnissen der Stiftung Wissenschaft und Politik, die belegen, dass der Einsatz von EU-Entwicklungsgeldern in der Migrationspolitik autoritäre Regime stärkt (www.zeit.de/2018/17/migrationspolitik-europa-fluchtursachengeldswp), und welchen entwicklungspolitischen Mehrwert erkennt die Bundesregierung darin im

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die Mittel für den Bereich Rückführung auf 500 Mio. Euro zu erhöhen (www.sueddeutsche.de/politik/migranten-bei-anruf-abreise-1.3929682)?

50. Abgeordnete
**Eva-Maria
Elisabeth
Schreiber**
(DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der in der aktuellen SWP-Studie präsentierten Analyse, dass die externe Migrationspolitik von Deutschland und der EU in Afrika in ihrer jetzigen Form autoritäre Strukturen in den afrikanischen Ländern stärkt und wirtschaftliche Beziehungen zwischen den afrikanischen Ländern und insbesondere in den Grenzregionen unterbindet (www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2018S03_koc_web_wrf.pdf), für die zukünftige Ausrichtung ihrer externen Migrationspolitik in Afrika, und inwiefern teilt sie meine Meinung, dass mit dem jetzigen Ansatz perspektivisch neue Fluchtursachen geschaffen werden, anstatt diese zu bekämpfen?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

51. Abgeordneter
**Stephan
Brandner**
(AfD)

Schaltet die Bundesregierung trotz des Daten-skandals bei Facebook weiterhin auf den Seiten von Facebook Werbung, wofür laut Auskunft der Bundesregierung im Jahr 2017 insgesamt 4 977 440 Euro aufgewandt wurden (vgl. Bundestagsdrucksache 19/1556, S. 3), und wie begründet sie diese Entscheidung vor allem im Hinblick auf die vom Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, Dr. Helge Braun, angekündigten Daten-Ethikkommission (vgl. www.handelsblatt.com vom 22. März 2018)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

52. Abgeordneter
Stefan Keuter
(AfD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung eine Gesetzesinitiative gegen die derzeitige Doppelbelastung der Baukosten, etwa von noch zu bauenden Eigentumswohnungen und Reihenhäusern, mit Umsatzsteuer (19 Prozent) und Grunderwerbsteuer (bis zu 6,5 Prozent), die beide erhoben werden, sofern es sich bei dem Bauwerkvertrag und dem Grundstückskauf um ein einheitliches Vertragswerk handelt?
53. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wo ist das vom Bundesministerium der Finanzen an die Clostermann Consulting GmbH & Co. KG vergebene Gutachten „Bewertung von Projekten der Braunkohlesanierung in rechtlicher Verantwortung der LMBV sowie zur Gefahrenabwehr infolge des Grundwasseranstiegs für die Zeit ab 01.01.2018“ veröffentlicht worden, und falls dies noch nicht geschehen ist, wann wird es veröffentlicht werden (www.sz-online.de/nachrichten/geheimakte-clostermann-3885420.html)?
54. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie plant die Bundesregierung, ihr Projekt der Besteuerung von Digitalunternehmen angesichts des bestehenden Widerstands der USA weiter umzusetzen, und wie bewertet die Bundesregierung die von den USA vorgebrachten Bedenken, dass der Vorschlag der EU-Kommission zu einer Besteuerung von Digitalunternehmen mögliche Verstöße gegen die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) enthalten könnte (www.handelsblatt.com/my/politik/international/streit-um-digitalsteuer-trump-bekaempft-sonderabgabefuer-digitalkonzerne-schadet-die-eu-sich-selbst/21172444.html?ticket=ST-3168871-RfM4DEfwlAq6bNosEvBo-ap3)?
55. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung – auf Vorlage ihres neuen Bundesfinanzministers – nun eine nur in Deutschland geltende Finanztransaktionssteuer initiieren, etwa gemäß früherer Vorschläge des Bundesfinanzministers, vergleiche den Beschluss des Hamburger Senats vom 19. Oktober 2011 (<https://bit.ly/2J9GD2u>) und der SPD-Bundestagsfraktion vom 7. Juni 2011 (Bundestagsdrucksache 17/6086, <https://rsw.beck.de/docs/>)?

librariesprovider5/rsw-dokumente/bt-drs1706086), nachdem EU-weite Pläne aufgeschoben werden, und wird die Bundesregierung „insgesamt“, wie der Bundesfinanzminister meint (SZ-online vom 17. März 2018, <https://bit.ly/2DAuy36>), eine Finanztransaktionssteuer nun in ihrem Zuständigkeitsbereich durchsetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

56. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche inhaltlichen Gründe gab es für die Bundesregierung, die Raumordnung dem Bereich Heimat zuzuordnen?
57. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, inwiefern spanische Geheimdienste den früheren katalanischen Ministerpräsidenten Carles Puigdemont in Deutschland verfolgen und bespitzeln, nachdem sich dieser in Deutschland aufhält, um in seinem Auslieferungsverfahren nicht gegen die Auflagen des Oberlandesgerichts Schleswig-Holstein zu verstoßen („Spitzel gegen Puigdemont“, junge Welt vom 19. April 2018; bitte die bekannt gewordenen Geheimdienstbehörden so konkret wie möglich benennen), und was ist der Bundesregierung darüber bekannt, welche spanischen Geheimdienste Carles Puigdemont auch am Tag seiner Verhaftung am 25. März 2018 auf der Autobahn 7 in Schleswig-Holstein in Deutschland gefolgt sind bzw. ausgeforscht haben („Polizei bringt Puigdemont in JVA Neumünster“, www.sueddeutsche.de vom 25. März 2018)?
58. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Waren Mitarbeiter von Bundesnachrichtendienst (BND), Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) oder Verfassungsschutzbehörden der Länder in das vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geführte Asylverfahren von Anis Amri involviert?

59. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
Waren Mitarbeiter von BND, BfV oder Verfassungsschutzbehörden der Länder in das vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geführte Asylverfahren von Bilel Ben A. involviert?
60. Abgeordnete
Beatrix von Storch
(AfD)
Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung gegen das Drängen der EU-Kommission auf eine rasche Beendigung der Grenzkontrollen an den österreichischen Grenzen (<https://kurier.at/politik/ausland/eu-kommissar-fuer-baldiges-ende-der-grenzkontrollen/400023373>), diese Kontrollen im Interesse der öffentlichen Sicherheit über den Mai dieses Jahres hinaus zu verlängern?
61. Abgeordnete
Beatrix von Storch
(AfD)
Wird der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, die mündliche Anweisung seines Amtsvorgängers an die Bundespolizei, keine asylbegehrenden Drittstaatsangehörigen an den deutschen Grenzen zurückzuweisen (Schreiben des Bundesministerium des Innern vom 31. Juli 2017, Aktenzeichen Z / 4-13002/4#1377 und Bundestagsdrucksache 19/883), aufheben und wieder nach § 18 Absatz 2 Nummer 1 AsylG verfahren?
62. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
Was sind aus Sicht der Bundesregierung die Gründe für die rückläufigen Zahlen bei der freiwilligen Ausreise im Rahmen von Rückkehrprogrammen der öffentlichen Hand (www.zeit.de/politik/2018-02/asyl-abschiebungen-abbruch-widerstand), bzw. inwiefern hängt dieser Befund mit der mangelnden Durchsetzung von Abschiebungen zusammen?
63. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
Wie viele Überstellungen von Griechenland nach Deutschland im Rahmen der Dublin-Verordnung zur Familienzusammenführung gab es im bisherigen Jahr 2018 (bitte nach Monaten differenzieren), und für wie viele Personen, die jetzt noch in Griechenland leben, hat das BAMF seine Zustimmung zur Überstellung im Rahmen der Dublin-

Verordnung bereits erteilt (bitte aktuelle Zahlen nach den fünf Hauptherkunftsländern sowie den Altersgruppen von 1 bis 6 Jahren, 6 bis 12 Jahren, 12 bis 18 Jahren sowie über 18 Jahren angeben)?